

Reaktionen der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf den Krieg

Autor(en): **Goertz, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **98 (2023)**

Heft 5

PDF erstellt am: **27.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-1047658>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Reaktionen der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf den Krieg

Die sicherheitspolitische «Zeitenwende» in Europa hat spätestens mit dem 24. Februar 2022 begonnen. Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union muss nun schnellstmöglich analysieren, welche Bedrohungen von Akteuren wie dem System Putin für die EU und ihre Mitgliedsstaaten ausgehen, und dann adäquate, wirksame Gegenmassnahmen treffen.

Prof. Dr. Stefan Goertz, Bundespolizei, Hochschule des Bundes, Lübeck

Dieser Beitrag bespricht verschiedene Reaktionen der EU-Sicherheits- und Verteidigungspolitik, EU-Sanktionen gegen das System Putin, Waffen- und Ausrüstungslieferungen an die Ukraine sowie mögliche strategische Neuausrichtungen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU.

Sanktionen gegen das System Putin

Die EU hat seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine bisher zehn Sanktionspakete, einerseits gegen Einzelpersonen des Systems Putin, andererseits wirtschaftliche Sanktionen, um das System Putin zu schwächen, verabschiedet. Sind diese Sanktionen effizient?

Eine einfache Antwort ist nicht möglich, verschiedene Wissenschaftler kritisieren, dass die Wirkung der EU-Sanktionen auf das System Putin nicht stark genug sei. Die Handelssanktionen gegen Russland werden wohl eher mittel- bis langfristig Wirkung zeigen.

Ganz aktuell beschloss der Rat der EU am 13. April 2023, die «Wagner-Gruppe» und «RIA FAN» in die EU-Liste der Personen und Organisationen aufzunehmen, die angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen, restriktiven Massnahmen unterliegen.

Waffen und Ausrüstung

Die EU finanziert die Lieferung von Waffen und Ausrüstung an die ukrainischen Streitkräfte. Finanziert werden damit unter anderem gepanzerte Fahrzeuge, Panzer, schwere Artillerie und Munition.

Dazu beschloss die EU die militärische Unterstützungsmission zur Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte (EUMAM Ukraine).

Die EUMAM hat zunächst eine Laufzeit von 24 Monaten, die ukrainischen Soldaten werden auf dem Territorium der EU-Mitgliedstaaten ausgebildet.

Bei der informellen Ministertagung der Verteidigungsministerinnen und Verteidigungsminister der Mitgliedsstaaten der EU in Stockholm Anfang März 2023

war das Thema Munitionsmangel ganz oben auf der Tagesordnung.

Die Verteidigung der Ukraine gegen den Angriffskrieg Russlands verbraucht mehr, als im gleichen Zeitraum produziert werden kann, die Vorratslager leeren sich sehr schnell, darauf verweist die NATO. Europa müsse liefern, fordert Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik.

Ganz oben auf seiner To-do-Liste steht im Frühjahr 2023 die Aufforderung an EU-Staaten, Munition aus den eigenen Lagerbeständen an die Ukraine abzugeben – so schnell wie möglich.

Die Abgabe dieser Munition durch die einzelnen EU-Staaten wird aus einem Extra-Budget für Waffenlieferungen bezahlt (Peace Facility – Friedensfazilität).

Dieser Topf soll für die Munitionslieferungen an die Ukraine kurzfristig um eine Milliarde Euro aufgestockt werden.

Der zweite Punkt auf der To-do-Liste der EU-Verteidigungsminister war die Aufforderung, bei der Nachbestellung von Munition und Waffen künftig gemeinsam vorzugehen.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bot an, dies so zu organisieren, wie die gemeinsame Bestellung der Corona-Impfstoffe.

Übertragen auf den Ukrainekrieg würde dies bedeuten, dass sich die Rüstungsindustrie auf mehrjährige Lieferverträge für die Munition verlassen könnte.

Der Binnenmarktkommissar Thierry Breton versucht seit längerer Zeit, die Rüstungsproduktion Europas gezielter von Seiten der EU her zu steuern.

Jetzt in Kriegszeiten sieht er sich bestätigt. Die Rüstungsindustrie müsse in den «Modus der Kriegswirtschaft» wechseln, erklärte er vor Beginn der Beratungen in Stockholm. Dazu solle die Rüstungsindustrie leichter an Mittel der Europäischen Investitionsbank kommen.

Bereits Mitte Februar 2023 hatte Oberst Markus Reisner vom österreichi-



Bild: Wikimedia

Europa müsse liefern, fordert Josep Borrell, der Hohe Vertreter der EU für Aussen- und Sicherheitspolitik.



Bereits Mitte Februar 2023 hatte Oberst Markus Reisner vom österreichischen Bundesheer darauf hingewiesen, dass die aktuellen Waffenlieferungen von EU- und NATO-Staaten an die Ukraine nicht ausreichen.

schen Bundesheer darauf hingewiesen, dass die aktuellen Waffenlieferungen von EU- und NATO-Staaten an die Ukraine nicht ausreichten, um das Blatt zugunsten der Ukraine zu wenden. Weiter führte Reisner aus, der Ukrainekrieg werde über die Ressourcen entschieden.

Nach Angaben von Reisner vom 15. Februar 2023 sei eine Kriegsproduktion in Europa noch immer undenkbar und er verwies darauf, dass manche Streitkräfte europäischer Staaten weniger als 15 000 Artilleriegranaten auf Lager hätten, was an Spitzentagen im Sommer 2022 an einem Tag von den ukrainischen Streitkräften verschossen worden sei (von den russischen Streitkräften damals bis zu 80 000 Stück pro Tag).

Die estnische Premierministerin hatte sich Ende Februar 2023 bei der Münchner Sicherheitskonferenz besorgt über das schleppende Anlaufen der Rüstungsproduktion in Europa gezeigt.

Vor allem bei der Munition drohten in der Ukraine erhebliche Versorgungslücken. «Russland verfeuert an einem Tag so viele Artilleriegranaten, wie in Europa in einem Monat produziert werden», erläuterte Kaja Kallas.

Trotzdem lägen den europäischen Unternehmen bislang nicht ausreichend Grossaufträge vor, um ihre Produktion zu steigern.

Den Grund dafür sieht Kallas im fehlenden politischen Willen: «Einige EU-Mitglieder glauben immer noch, dass die russische Aggression von selbst wieder verschwindet.»

Andere Strategie, anderer Mindset?

Der «Strategische Kompass» der EU wurde von 2020 bis 2022 erarbeitet und kurz vor seiner Veröffentlichung in Bezug auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine nochmals überarbeitet. Der Rat der Europäischen Union billigte am 21.

März 2022 das Dokument «Ein Strategischer Kompass für Sicherheit und Verteidigung - Für eine europäische Union, die ihre Bürgerinnen und Bürger, Werte und Interessen schützt und zu Weltfrieden und internationaler Sicherheit beiträgt».

Dieser «Strategische Kompass» soll ein Aktionsplan für die Stärkung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union bis zum Jahr 2030 sein.

Als neues aussen- und sicherheitspolitisches Grundlagendokument soll der Strategische Kompass damit nun in den kommenden Jahren den Weg für die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU (GSVP) weisen.

Mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten im Bereich Sicherheit und Verteidigung noch einmal an Bedeutung gewonnen.

Der Rat der EU stellte am 21. März 2022 - knapp einen Monat nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine - fest, dass das «feindlichere Sicherheitsumfeld» von der EU einen «Quantensprung nach vorn» erfordere und die EU ihre «Handlungsfähigkeit und Bereitschaft erhöhen», ihre «Resilienz stärken sowie mehr und besser» in ihre Verteidigungsfähigkeiten investieren müsse.

So solle dieser «Strategische Kompass» als Aktionsplan «die strategische Autonomie der EU und ihre Fähigkeit stärken, mit Partnern zusammenzuarbeiten, um ihre Werte und Interessen zu wahren». «Eine stärkere und fähigere EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung» solle «einen konstruktiven Beitrag zur globalen und transatlantischen Sicherheit leisten» und «eine Ergänzung zur NATO» bilden, «die für ihre Mitglieder das Fundament der kollektiven Verteidigung» bleibe.

Der «Strategische Kompass» umfasst einleitend eine Bewertung des strategischen Umfelds der EU, der Bedrohungen

und Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert ist.

Das Ziel des Strategischen Kompasses besteht darin, mehr Kohärenz in die sicherheits- und verteidigungspolitischen Initiativen der EU (jährliche Überprüfung der Verteidigung (Coordinated Annual Review on Defence, CARD); Europäischer Verteidigungsfonds (European Defence Fund, EDF) und ständige strukturierte Zusammenarbeit (Permanent Structured Cooperation, PESCO)) zu bringen und neue Impulse für die europäische Kooperation zu geben.

Das gesamte Dokument umfasst 64 Seiten und stellt die wichtigsten Massnahmen in vier Bereichen vor: Krisenmanagement (ACT), Resilienz (SECURE), Fähigkeiten (INVEST) und Partnerschaften (PARTNER).

Die aktuelle Bedrohungsanalyse der EU konstatiert, dass die gesamte Sicherheitslandschaft, also die äussere und die innere Sicherheit Europas, «aufgrund vielschichtiger Bedrohungen unbeständiger, komplexer und fragmentierter denn je» sei.

Als neu entstandene internationale Bedrohungen und Herausforderungen, die sich unmittelbar auf die Sicherheit der EU auswirken, nennt die Bedrohungsanalyse Terrorismus und gewaltorientierten Extremismus in all seinen Formen, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und ihren Trägersystemen (u.a. chemische Waffen sowie die Entwicklung und der Einsatz von neuen hochentwickelten ballistischen Flugkörpern, Marschflugkörpern und Hyperschallraketen).

Hier nennt die EU explizit Russland und China und erwähnt die Drohungen des Einsatzes nuklearer Waffen des Systems Putin.

Als weitere Bedrohungen identifiziert die EU, dass «staatliche und nichtstaatliche Akteure hybride Strategien, Cyberangriffe, Desinformationskampagnen, direk-



Manche europäische Staaten hätten weniger als 15 000 Artilleriegranaten auf Lager, was an Spitzentagen im Sommer 2022 an einem Tag von den ukrainischen Streitkräften verschossen worden sei.

te Einflussnahme auf unsere Wahlen und politischen Prozesse, ebenso wie wirtschaftlichen Druck sowie die Instrumentalisierung irregulärer Migrationsströme einsetzen.

Hybride Desinformationskampagnen im Kontext der Covid-19-Pandemie und der staatlichen Gegenmassnahmen betont die EU besonders, da Angreifer Narrative verbreiten, die unsere europäische Demokratie delegitimieren sollen.

Bei den zu treffenden Massnahmen spricht die EU in vier Feldern von Handeln, Sichern, Investieren sowie von «mit Partnern zusammenarbeiten». Im Bereich Handeln sollen die zivilen und militärischen GSVP-Missionen und -Operationen gestärkt werden, eine EU-Schnelleingreifkapazität aufgebaut sowie die militärischen Führungsstrukturen gestärkt werden.

Im Themenbereich Sichern erklärt die EU, dass sie zukünftige Bedrohungen antizipieren müsse, dafür sollen die nachrichtendienstlichen Kapazitäten gestärkt werden, beispielsweise das einheitliche Analyseverfahren (SIAC) der EU gefördert werden.

Darüber hinaus soll ein hybrides EU-Instrumentarium geschaffen werden, in dem verschiedene Instrumente zusammengeführt werden, um ein breites Spektrum hybrider Bedrohungen zu erkennen und darauf reagieren zu können.

Damit verbunden soll die Cyberabwehrpolitik der EU weiterentwickelt werden, um besser auf Cyberangriffe vorbereitet zu sein und besser darauf reagieren zu können. Im Handlungsfeld Investieren spricht die EU von Capabilities und innovativen Technologien, um strategische Lücken zu schliessen und technologische

sowie industrielle Abhängigkeiten von anderen Staaten zu verringern.

Mehr und effektivere Verteidigungsausgaben sollen getätigt werden, nach Hochleistungs-Marineplattformen, Luftkampfsystemen der Zukunft, weltraumgestützten Fähigkeiten und Hauptkampfpanzern wird gesucht.

Die «Ständige Strukturierte Zusammenarbeit» und der Europäische Verteidigungsfonds sollen umfassend genutzt werden, um gemeinsam modernste militärische Fähigkeiten zu entwickeln, in technologische Innovationen für die Verteidigung zu investieren und ein neues Innovationszentrum für den Verteidigungsbereich innerhalb der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) zu schaffen.

Im Bereich «mit Partnern zusammenarbeiten» sollen die strategischen Partnerschaften mit der NATO und den Vereinten Nationen durch strukturiertere politische Dialoge sowie operative und thematische Zusammenarbeit gestärkt werden.

Daneben soll ein EU-Forum für Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaften aufgebaut werden, um mit Partnern enger und wirksamer bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen zusammenzuarbeiten.

Bei der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (GASP) soll nach Auffassung des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages das bisherige Einstimmigkeitsprinzip durch die Anwendung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen abgelöst werden.

In der aktuell bestehenden Form sei die EU auf Dauer nicht handlungsfähig, heisst es zur Begründung. Angesichts der

Blockadehaltung einzelner Länder werde die EU - bei einer Beibehaltung der Einstimmigkeitserfordernis - nicht in der Lage sein, die drängendsten Probleme zu lösen.

Die Ermöglichung von Mehrheitsbeschlüssen hingegen verhindere eine dauerhafte Blockade oder die Einigung auf unzureichende Kompromisslösungen.

Hier könne zwischen einfacher und Zweidrittel-Mehrheit differenziert werden.

Fazit

Spätestens die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch das System Putin im Jahr 2014 hätte innerhalb der GSVP zur sicherheitspolitischen Erkenntnis führen müssen, dass es Staaten wie Russland, China und Nordkorea gibt, die Konflikte und Kriege mit allen verfügbaren Mitteln («entgrenzte Kriegsführung») austragen, mit militärischen und paramilitärischen Operationen, Cyberattacken, Angriffen auf kritische Infrastruktur sowie Desinformationskampagnen.

Schon vor dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und hybrider Angriffe des Systems Putin auf EU-Staaten war ein «weg vom Einstimmigkeitsprinzip» innerhalb der GSVP eine wichtige Änderung, seit dem 24. Februar 2022 sollte klar sein, dass es so schnell wie möglich zur Einführung des Mehrheitsprinzips in der GSVP der EU kommen muss.

Der Weg zu einer neuen GSVP ist noch sehr weit und er wird sehr steinig sein. Hoffentlich hat der «Strategische Kompass» diesen Weg eingeschlagen.

Nun liegt es an den EU-Mitgliedsstaaten, diesen «Kompass» auch als solchen zu gebrauchen und den Weg zu einer neuen GSVP nicht vorzeitig zu verlassen. ✚



Bild: MFL.ru

Die EU nennt explizit Russland und China als Bedrohungen und erwähnt die Drohungen des Einsatzes nuklearer Waffen des Systems Putin.

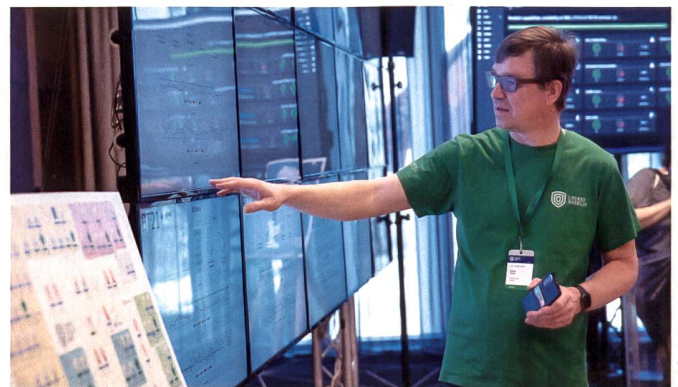


Bild: CCDCOE

Übung LOCKED SHIELDS: Als weitere Bedrohungen identifiziert die EU, dass «staatliche und nichtstaatliche Akteure hybride Strategien, Cyberangriffe, Desinformationskampagnen» auslösen können.

Departement Gesundheit und Soziales

Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz

Die Bevölkerung steht im Zentrum der Tätigkeiten des Departements Gesundheit und Soziales. Für die Sicherheit ihrer Lebensbereiche arbeiten wir nachhaltig und zielgerichtet. Die Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz erfüllt Aufträge in den Bereichen Militär, Wehrpflichtersatz sowie Bevölkerungs- und Zivilschutz. Wir sind zudem die administrative Drehscheibe für die Angehörigen der Armee und des Zivilschutzes im Kanton Aargau. Die Mitarbeitenden sind für die Ausbildung und die Koordination der Einsätze im Rahmen des Bevölkerungsschutzes verantwortlich.

Wir suchen per 1. März 2024 oder nach Vereinbarung Sie als

Leiterin / Leiter Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz 100%

Spannende Aufgaben warten:

- Sie führen die Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz mit den dazugehörigen Sektionen Kreiskommando und Waffenplatz, Katastrophenvorsorge, Koordination Zivilschutz, Ausbildung Zivilschutz und Wehrpflichtersatzverwaltung sowie den zentralen Diensten.
- Sie verantworten die Budgetierung und Rechnungslegung der Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz.
- Sie führen den Kantonalen Führungsstab; dazu gehört, dass Sie dessen Einsatzbereitschaft und personelle Besetzung stets à jour halten. Sie leiten Übungen sowie Echteinsätze des Kantonalen Führungsstabs.
- Sie verfassen Berichte und Anträge an den Regierungsrat und den Grossen Rat und vertreten die Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz respektive das Departement Gesundheit und Soziales in internen und externen Gremien.

Was Sie mitbringen:

- Sie haben eine Ausbildung auf Niveau MAS sowie eine Weiterbildung in Management und Leadership auf gleichem Niveau abgeschlossen oder weisen vergleichbare Qualifikationen aus.
- Sie sind Stabsoffizier der Schweizer Armee.
- Sie besitzen eine Affinität für politische Fragen und Prozesse und sind an sicherheitspolitischen sowie bevölkerungsschützerischen Fragen interessiert.
- Sie sind es gewohnt, ganzheitlich zu denken und verfügen über eine hohe Führungskompetenz.
- Sie verfügen über ein grosses Netzwerk in den Fachgebieten Armee, Bevölkerungsschutz und Zivilschutz und kennen die Strukturen des Kantons Aargau.
- In aussergewöhnlichen Situationen zeigen Sie Belastbarkeit und Einsatzwillen.

Wir freuen uns auf Ihre Online-Bewerbung auf www.ag.ch/stellen.

Interessiert? Fachliche Auskünfte erteilt Ihnen gerne Oberst Rolf Stäuble, Leiter Abteilung Militär und Bevölkerungsschutz, Tel. 062 835 31 06. Bei Fragen zum Bewerbungsprozess steht Ihnen Rita Baumgartner, Leiterin HR, Tel. 062 835 47 41, gerne zur Verfügung.